



## SPD-Anträge zum Strukturwandel im Parlament

Neben dem bereits in der letzten Landtags-Post dargestellten Antrag der SPD-Landtagsfraktion für mehr Entwicklungsflächen im Rheinischen Revier, wurde am Mittwoch auch unser Antrag mit einer Liste konkreter Strukturwandelprojekte in den Landtag eingebracht. Darin fordern wir zum Beispiel, dass das Land die von den Entwicklern des bereits bestehenden „virtuellen Kraftwerks“ in Heppendorf geplante Herstellungsfabrik für Energienetzleitstände fördert. Dies wäre ein wichtiger Schritt Industriearbeitsplätze und die Energiekompetenz der Region zu erhalten. Ganz wichtig ist uns auch die flächendeckende Versorgung mit Gigabit-

Glasfasernetz bis spätestens 2025.

Eine weitere Initiative ist der Aufbau eines Zentrums für Bioökonomie und Huminstoffe in Kooperation mit dem Forschungszentrum Jülich. Auch die enorme Kompetenz beim Thema Reaktivierung muss genutzt werden. Alle Vorschläge und alle unsere Anträge im Detail:

[Konkrete Ideen für den Strukturwandel](#)

Ebenfalls zu diesem Thema:

[Das Rheinische Revier muss selbst aktiv werden](#)

## Dieselfahrverbote: Landesregierung bleibt weiter untätig

Gerade wurde es offiziell, dass ab 2019 auch Fahrverbote für Diesel in Köln, Bonn und Düsseldorf kommen werden und damit viele Pendler aus dem Rhein-Erft-Kreis ernste Probleme bekommen.

Nun rächt sich bitter, dass die Landesregierung seit Amtsantritt keinerlei Maßnahmen zur Abwendung dieser Entwicklung unternommen hat. Auch fehlt jeglicher Druck auf Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU) sich endlich für die dringend nötige Nachrüstung alter Dieselfahrzeuge einzusetzen. Vorschläge die Grenzwerte „anzupassen“, um damit Fahrverbote zu vermeiden, sind ein Armutszeugnis.

Die lange von der Union verhinderte Musterfeststellungsklage stellt seit Anfang November endlich ein rechtliches Mittel dar, um die Konzerne zur Verantwortung zu ziehen. Aber das reicht natürlich nicht aus.

Ich meine, dass Dieselfahrer für den Wertverlust ihrer Fahrzeuge vollständig entschädigt werden müssen. Auch die kostenlose Nachrüstung muss endlich für alle Betroffenen möglich werden. Es kann nicht sein, dass deutsche Verbraucher schlechter dastehen, als solche in den USA.

Ihr

## Update: Straßenbaubeiträge und Integrationspauschale

Der SPD-Antrag zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge war Thema im Parlament. Leider zeigte sich, dass wir die einzige Fraktion sind, die sich für die Abschaffung dieser ungerechten und mitunter existenzbedrohenden Belastung für Bürger einsetzt. Die Landesregierung kündigte an, die bestehende Praxis etwas zu verbessern. Aber eine Senkung des Zinssatzes, die Möglichkeit zur Ratenzahlung und kosmetische Änderungen an der Berechnung reichen uns nicht aus.

Die Landesregierung hat klebrige Finger bei der Weitergabe von Bundesmitteln für Flüchtlingskosten an die betroffenen Städte. Alleine den Städten des Rhein-Erft-Kreis entgehen so über 5,3 Millionen Euro. Integration wird aber vor Ort geleistet und die Städte tragen die meisten Kosten. Deshalb werden wir die Weitergabe einfordern.

